

Einfach nur provozieren

Zu: „Moskaus Propaganda zielt auf olympisches Paris“, FR-Politik v. 27.7.

Stefan Scholl schreibt: „Im Wasser verfangen sich in dem Clip Schwimmer in Mülltüten, Bürgermeisterin Anne Hidalgo ballert aus einem Jagdgewehr auf Migranten. Präsident Emmanuel Macron erklärt als Ringrichter einen bärtigen Transgender-Hünen mit langen, blonden Locken zum Sieger über eine ausgeknockte Leichtgewichtsboxerin, der Präsident hat Sex mit der Bürgermeisterin.“

Wie kommt man darauf, dass eine Bürgermeisterin der Sozialisten auf Migranten schießt? Ist das nicht allzu einfältige Stimmungsmache? Einen derartigen Sachverhalt gibt es real nicht. Dass ein französischer Präsident einen Ringrichter spielt, entbehrt ebenfalls jeder Grundlage.

Dass Russland eine ausländischerfreundliche Politik betreibt, muss verneint werden. Russland und Weißrussland arbeiten aktuell wieder verstärkt daran, Migranten aus armen und von Krisen erschütterten Regionen über ihre Länder in Richtung Europäische Union zu schleusen – auch nach Deutschland.

Die internationale LGBT-Bewegung wird in Russland als extremistisch eingestuft. Ihre Aktionen werden verboten. Seit mehr als zehn Jahren gibt es in Putins Russland Gesetze gegen Schwule, Lesben und Transgender-Menschen.

Gegenstandslos provozieren, das ist die Methode. In demokratischen Ländern herrscht sicherlich mehr erotische Freizügigkeit als in Russland. Dass ein Präsident hier allerdings Sex mit einer Bürgermeisterin hat, ist unseriös.

Man pflegt in Russland patriarchalisch-orthodoxe Feindbilder ohne Rücksicht auf Verluste. Kein Wunder, dass die teilweise rechtsradikale AfD dieses Russland als gesellschaftliches Vorbild sieht.

Christian Schauer, Alzenau



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240731

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen mit dem sächsischen DGB-Vorsitzenden Markus Schlimbach.

Montag, 9. September, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Architekten D.W. Dreyse über 100 Jahre Neues Frankfurt.

Dienstag, 10. September, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Präsentation des Buches „Umverteilung des Reichtums“ von Christoph Butterwege. Außer dem Autor diskutieren die hessische Sozialministerin Heike Hofmann, Norbert Walter-Borjans (SPD) und Michael Hartmann (Eliteforscher). Eintritt frei, Livestream: youtube.com/hausamdom.

Montag, 23. September, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Stimmen verpuffen im Niemandsland

Wahlrechtsreform: „Karlsruhe bestätigt Wahlrecht“ und „Sieg für die Ampel“, FR-Titel und -Meinung vom 31. Juli

Keine Extrawurst für die kraftmeiernde CSU

Das im übrigen einstimmig gefasste Urteil des Verfassungsgerichts zur Klage gegen die Wahlrechtsreform ist eindeutig: Lediglich die Grundmandatsklausel mit der Außerkraftsetzung der Fünf-Prozent-Hürde bei mindestens drei Direktmandaten muss aufrechterhalten werden, was in Ordnung geht, aber – und das ist der entscheidende Punkt: Es gilt der uneingeschränkte Primat der Zweitstimme. Alles andere wäre eine Verfälschung ihrer für die Regierungsbildung maßgebenden Anzahlen.

Scheinheilig die CSU-Rede von der demokratisch maßgebenden Erststimme. Als ein unseriöser Politiker erweist sich wieder einmal der bajuwarisch kraftmeiernde Söder, der von einer „Klatsche für die Ampel“ spricht. Nein, das Urteil besagt: Es gibt für die CSU keine Extrawurst.

Dass ein direkt Gewählter nicht zum Zuge kommen kann, ist hinzunehmen, aber es ist immer noch möglich, dass er auf einer anderen Landesliste seiner Partei einspringen kann, die nicht so viele Kandidaten und Kandidatinnen aufstellen kann-

te, wie ihr nach den Zweitstimmen zustehen. Das gilt freilich nicht für die CSU, aber sie kann es leicht ändern, wenn sie ihren seit FJS-selig krachledernd zur Schau gestellten Eigensinn aufgibt und mit der CDU eine einheitliche Partei bildet.

Manfred Wetzel, Agathenburg

Zwei Systeme, ein Ergebnis

Im Bundeswahlgesetz heißt es in §1-(2): Von den Abgeordneten werden 299 nach Kreiswahlvorschlägen (direkt) und 299 nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt. Mein Vorschlag: Es bleibt dabei und nur dabei. So werden zwei Systeme, Direkt- und Verhältniswahl, unabhängig voneinander umgesetzt. Weitere Regeln betreffend Ausgleichs- und Überhangmandate werden gestrichen. Jeder direkt gewählte Abgeordnete kommt ins Parlament. Jede Partei wird entsprechend dem auf sie entfallenden Anteil aus allen Listenwahlstimmen vertreten (mit Rundungsregeln). Dann kann jemand, der lokal beliebt ist, direkt gewählt werden, selbst wenn er keiner oder einer sehr kleinen Partei angehört, oder umgekehrt, dass

über Landeslisten ein Kandidat einer nur regional starken Partei kein Bundestagsmandat erhält. Die beiden Effekte gleichen sich sozusagen aus. In jedem Fall ist das Ergebnis der Listenwahl unabhängig von dem der Direktwahl und umgekehrt. Es bleibt bei zwei Abgeordneten je Wahlkreis. Steht ein direkt gewählter Abgeordneter auch auf einer Liste, wird er daraus bei deren Auswertung gestrichen.

Robert Seckelmann, Schwelm

Für alle ist in diesem Urteil was dabei

Erneut hat das Verfassungsgericht geurteilt und siehe da, irgendetwas ist wieder für jeden etwas dabei! Die Ampel dürfte dieses Urteil trotzdem als (Teil-)Sieg feiern und die für sie angenehmeren Teile sofort ans Revers heften. Ich hätte diese Fünf-Prozent-Hürde total gekappt, das wäre eine demokratische Lösung! Alle Prozenten die unterhalb dieser Hürde liegen, verpuffen im Niemandsland, sind einfach weg; und das finde ich nicht ganz so super demokratisch!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Diskussion: frblog.de/wahlrecht-urteil

Es wäre Zeit für Diplomatie

Hamas-Führer Hanija: „Tod eines Mordbuben“, FR-Meinung vom 1. August

Die Gefahr eines großen Krieges wächst

Matthias Koch tendiert in seinem Kommentar dazu, in der Tötung des Hamas-Führers Hanija eine „Entwicklung zum Besseren“ zu sehen als Reaktion auf all jene, die darin die Gefahr einer Eskalation des Krieges im Nahen Osten befürchten. Der Anschlag könne sogar dazu beitragen, einen Flächenbrand zu vermeiden. Worauf begründet Koch seine These, dass dieser Schlag Israels helfen kann, einer Friedenslösung nahezukommen, bei der auch das Leben israelischer Geiseln gerettet werden kann? Es geht dabei nicht um den getöteten Hamasführer, der zweifelsohne den Hass auf Israel gesät und angeheizt hat. Es geht vielmehr um die Folgen einer Politik, die ausschließlich auf militärische Härte setzt. Oder will man absehbare weitere Gewaltakte als unvermeidlich hinnehmen, nur einen Tag, nachdem auf den Golanhöhen zwölf Jugendliche beim Fußballspielen getötet wurden?

Während in Israel die Proteste der Bevölkerung gegen ihre Regierung weitergehen, soll die israelische Politik laut Koch offenbar auf Frieden ausgerichtet sein. Als wäre nicht militärische Zurückhaltung und Diplomatie das Gebot der Stunde. Es ist zum Glück nicht ausgemacht, dass es zu einer Eskalation kommen wird. Dass aber Netanjahus aggressive Politik die Möglichkeit einer Ausweitung zumindest in Kauf nimmt, ist unstrittig. Selbst Israel wohlgesonnene Kreise warnen vor der drohenden Ge-

fahr eines Zwei- oder gar Dreifrontenkriegs, der in Zeiten sich verstärkender Konfrontationen auch die Großmächte USA, China und Russland auf den Plan rufen könnte.

Wie kann die FR mit diesem Kommentar der Politik einer nur am Machterhalt interessierten, wohl kaum von einer Mehrheit der Israelis getragenen rechtsradikalen Regierung vertrauen, die seit 300 Tagen einen erbarmungslosen Krieg führt? Wie groß das Interesse des israelischen Regierungschefs an friedensstiftenden Lösungen ist, zeigt sich bei den indirekten Gesprächen zwischen Hamas und Israel, bei denen es um die Freilassung der Geiseln geht. Es ist Netanjahu, der eine mögliche Einigung beharrlich blockiert.

Erwin Heberling, Marburg

Ist die Welt wirklich so vergesslich?

Sind die israelischen Opfer schon vergessen? Matthias Koch erinnert dankenswerterweise daran, wie alles begonnen hat. Die Reaktion auf die Interventionen der Israelis erschreckt mich fast täglich, wie völlig vergessen wird, dass nicht die Israelis es waren, die den Krieg initiiert haben, sondern die Hamas, die ohne Rücksicht auf die palästinensische Bevölkerung schon seit vielen Jahren Terror verbreitet und die Bevölkerung zu Schutzschilden macht. Nun können viele, die für die Palästinenser demonstrieren, offen ihren Antisemitismus zeigen. Das erschreckt mich. Ist die Welt so vergesslich? Doris Boßdorf, Rodgau

Wehrhafte Demokratie

„Compact“-Magazin: „Aus für Hochglanz-Hass“, FR-Politik vom 17.7.

Die Tatsache, dass Innenministerin Nancy Faeser das rechtsextreme Magazin „Compact“ verboten hat, ist ein begrüßenswerter Schritt gegen die rechte Gewalt. Wer behauptet, dies sei ein Schlag gegen die Pressefreiheit, zeigt damit nur, dass er Presse- und Meinungsfreiheit völlig falsch versteht und keine Ahnung vom Wesen des Grundrechts auf Meinungsfreiheit hat.

Nein, es geht darum, die Demokratie in der Bundesrepublik zu verteidigen. Nachdem das rechte Magazin „Compact“ seit Jahren im Stil des „Stürmer“ gegen Migranten hetzt, rassistische und antisemitische Parolen von sich gibt und völkisch unterwegs ist, ist es begrüßenswert und eigentlich längst überfällig, dass die wehrhafte Demokratie gegen die braune Soße vorgeht. Sie zeigt sich jetzt wirklich wehrhaft. Es ist zu begrüßen, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser gegen die publizistischen Helfer des Rechtsterrorismus vorgeht. „Compact“ zu verbieten heißt, sich schützend vor das Grundgesetz zu stellen, das von Rechtsextremen erheblich bedroht wird.

Das Verbot ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem weitere folgen müssen. Nach meiner tiefen Überzeugung muss ein AfD-Verbot hinzukommen. Die Justiz sollte das Verbot nicht infrage stellen. Pressefreiheit ist ein hohes Gut, das gerade durch das Verbot des rechten Sudelmagazins gesichert wird.

Manfred Kirsch, Neuweier

Anreiz für Mordtaten

Gefangenenaustausch: „Bitterer Deal mit Putin“, FR-Titel vom 2. August

Es ist ein absoluter Skandal, dass ein rechtskräftig verurteilter Mörder aus seiner Haft entlassen wird und Putin diesen Mörder auch noch persönlich empfängt. Wenigstens dies hätte noch verhandelt werden können, dass dies in aller Stille zu geschehen hat. Aber auch Scholz empfängt die Freigelassenen. Warum? Kann man illegale juristische staatliche Handlungen wenigstens diskret abwickeln? Und was ist das für ein Zeichen für zukünftige russische Mörder im Ausland? Putin nimmt auch dann wieder Geiseln (scheinbar Kriminelle) und der nächste Austausch steht an?

Reinhold Richter, Obertshausen